

Attac Österreich
Margaretenstraße 166
1050 Wien
Fon +43.1.5440010
Fax +43.1.544001059
Web: attac.at
Email: infos@attac.at

Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist

Thesen zur EU-Debatte

Europäische
Union

Einleitung

Die Europäische Union steckt in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen. Mit dem Brexit wird die EU-Integration erstmals rückabgewickelt. Die Ungleichheit in Europa nimmt zu, zwischen Arm und Reich ebenso wie zwischen Regionen und Ländern. Das Wohlstandsversprechen der EU gilt für immer weniger Menschen. Statt Integration bringt die EU heute vor allem Spaltung.

Attac Österreich hat seit seiner Gründung die neoliberale Ausrichtung der Europäischen Integration kritisiert und eine Vielzahl von Alternativen und Reformen vorgeschlagen. Das Projekt EU selbst haben wir dabei grundsätzlich befürwortet. Doch die politischen Ereignisse der letzten Jahre haben diese Einschätzung zunehmend infrage gestellt.

Einerseits verhallte der jahrelange Ruf europäischer sozialer Bewegungen nach wirtschaftlicher Neuausrichtung und Demokratisierung der EU ungehört. Andererseits hofften auch wir im Sommer 2015, dass Linke und soziale Bewegungen in Griechenland einen Kurswechsel für ganz Europa anstoßen könnten. Doch mit ihrem Versuch mit der neoliberalen Kürzungspolitik zu brechen ist die griechische Regierung gescheitert. Die enorme Macht und die Erpressung, mit der sich die EU-Institutionen und Regierungen gegen eine wirtschaftspolitische Alternative stellten, machten deutlich, dass die europäischen Eliten die neoliberale Ausrichtung der EU um jeden Preis aufrechterhalten wollen.

Die folgenden Thesen und Ansätze spiegeln den Diskussionsstand zur EU bei Attac Österreich wider. Mit einer realistischen Einschätzung der politischen Situation sollen sie die Grundlage für neue Strategien und Ansätze bieten.

1. Die positiven Seiten der EU dürfen uns nicht davon abhalten, eine grundlegende Kritik an ihr zu üben.

Die EU hat viele positive Aspekte. Dazu gehören etwa die Freiheit in andere EU-Länder zu reisen oder dort zu arbeiten, Transferleistungen in strukturschwache Regionen oder die Chemikalienverordnung REACH. Doch wir dürfen diese Vorteile nicht blind bejubeln, wie es etwa Initiativen wie *Pulse of Europe* tun.

Denn diesen positiven Aspekten stehen viele problematische Bereiche der EU-Politik, wie die Handelspolitik, die neoliberale Wirtschafts- und Kürzungspolitik, die Flüchtlings- oder Militärpolitik gegenüber.

Die Politik der EU ist also widersprüchlich. Auch viele der oben genannten Vorzüge, etwa Reisefreiheit und Personenfreizügigkeit, haben ihre Schattenseiten. Wer noch die langen Staus an der Grenze kannte, erlebt deren Verschwinden als Fortschritt. Doch der Wegfall der Kontrollen bedeutet noch lange nicht reale Bewegungsfreiheit. So erhalten beispielsweise EU-BürgerInnen in anderen Ländern nicht automatisch Sozialleistungen. Denn die Personenfreizügigkeit der EU gibt letztlich ArbeitnehmerInnen nur das Recht, in einem anderen EU-Land eine Beschäftigung anzunehmen. Und sie führt dazu, dass im reicheren Teil der EU Löhne gedrückt und Sozialstandards ausgehöhlt werden.

Zudem sind die Reise- und Personenfreizügigkeit die ersten Freiheiten, die politisch eingeschränkt werden, etwa bei Grenzkontrollen vor internationalen Protesten oder im Zuge der Flüchtlingsbewegung. Immer wieder wollen PolitikerInnen auch die Sozialleistungen für EU-BürgerInnen kürzen.

Selbst mobilitätsfördernde EU-Projekte wie Erasmus-Austauschprogramme sind letztlich nur einer kleinen Gruppe von Menschen zugänglich. Kapital, Waren und Dienstleistungen können sich hingegen völlig frei bewegen, ihre Freizügigkeit wird kaum eingeschränkt.

Dieses Ungleichgewicht ist kein Zufall, sondern die Folge struktureller Selektivität. Die bestehenden Regeln, Institutionen und die Kompetenzverteilung der EU sind nicht neutral. Sie funktionieren so, dass Vorhaben mit neoliberaler Grundausrichtung gestärkt werden und Kapitalinteressen in der EU immer mehr an Macht gewinnen.

Dagegen finden emanzipatorische Projekte und die Interessen der breiten Bevölkerung weniger Raum oder werden nie umgesetzt.

2. Neoliberale Wirtschaftspolitik ist der Kern der EU. Daher ist sie nicht in unserem Sinn reformierbar.

Der Kern der EU-Politik ist die neoliberale wirtschaftliche Integration. Das zeigen die Eckpfeiler der EU, etwa die Funktionsweise des Euro und der Binnenmarkt: Die „vier Freiheiten“ sind so gestaltet, dass sie den Standortwettbewerb anheizen und Löhne und Sozialstandards sowie Steuern auf Profite und Vermögen unter Druck setzen. Die Art und Weise, wie der Euro konstruiert ist, vertieft diesen Wettbewerb und lässt Zentrum und Peripherie auseinanderdriften. Zusätzlich wurde die neoliberale Budget- und Wirtschaftspolitik über zwanzig Jahre hinweg von Maastricht bis zum Fiskalpakt immer stärker rechtlich verankert. Dieser rigide Rahmen nagelt die Staaten auf eine neoliberale Politik fest. Eine Unzahl von EU-Regeln und Verboten verhindern heute eine alternative Politik.

Diese Kritik ist nicht neu. Bisher haben wir diesen Fehlentwicklungen die Vision einer grundlegend anderen, neu begründeten EU entgegengehalten. Doch seit der Unterwerfung Griechenlands ist das nicht mehr möglich. Erstmals stellte eine linke Regierung in der EU die neoliberale Grundausrichtung offen in Frage. Die europäischen Eliten – in den Institutionen ebenso wie den Mitgliedstaaten – haben sich geschlossen gegen sie gestellt:

- die EU-Kommission, die als Teil der Troika die Austeritätspolitik weiter vorantreiben wollte;
- die Regierungen, die in Rat und Eurogruppe keinen Millimeter von ihren Verarmungsaufgaben abwichen – trotz der offensichtlich katastrophalen Folgen;
- die Europäische Zentralbank, die den griechischen Banken den Geldhahn abdrehte, um die Regierung zu erpressen.

Niemand, auch nicht die sozialdemokratischen RegierungschefInnen, sind der griechischen Regierung zu Hilfe gekommen. Sie war chancenlos und musste kapitulieren.

Im Vergleich dazu setzt die EU – Mitgliedsstaaten und Institutionen – den Übertretungen von rechts kaum etwas entgegen. Als die Visegrád-Staaten ein gemeinsames Vorgehen in der Flüchtlingspolitik verhinderten, geschah nichts. Es gab weder wirksamen politischen noch wirtschaftlichen Druck, obwohl die EU-AkteurInnen die Instrumente dazu hätten, wenn sie wollten. Dasselbe gilt für die zunehmende Aushöhlung von demokratischen Institutionen und Grundrechten in Polen oder Ungarn.

Im Vergleich der beiden Auseinandersetzungen zeigt sich der wahre Charakter der EU: Eine solidarische Flüchtlingspolitik ist nachrangig, die neoliberale Wirtschaftspolitik dagegen unverhandelbar. Die politischen Eliten der EU sind eher bereit, die europäische Integration existenziell zu gefährden als ihren neoliberalen Kern aufzugeben.

Eine grundlegende Reform der EU ist heute aus unserer Sicht eine Illusion. Um die Verträge zu ändern braucht es die Einstimmigkeit aller Länder. Angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse ist eine tiefgreifende progressive Reform damit unmöglich. Halten wir dennoch an dieser Perspektive fest, erreichen wir damit vor allem eines: Wir stärken die Legitimität der real existierenden, neoliberalen EU. Indirekt helfen wir damit sogar den Rechten, denn wir überlassen es ihnen als einzige eine grundlegende Kritik an der EU zu üben.

Deshalb brauchen wir eine realistische Einschätzung der Politik und Reformierbarkeit der EU – nur dann können wir Strategien entwickeln, die uns politisch handlungsfähig machen.

3. „Mehr Europa“ bedeutet heute immer „mehr Neoliberalismus“ und ist daher abzulehnen.

Solange der neoliberale Kern der EU nicht in Frage gestellt wird, vertieft jeder neue Integrationsschritt die problematische Ausrichtung. Doch die Wirtschafts- und Währungsunion ist eines der Leuchtturmprojekte der Eliten, und sie sind nicht bereit es in Frage zu stellen – das wurde im Konflikt mit der griechischen Linksregierung 2015 deutlich. Im Gegenteil, sie wollen die Wirtschafts- und Währungsunion noch weiter vertiefen.

2016 veröffentlichten Jean-Claude Juncker, Mario Draghi, Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem und Martin Schulz ihren Fünf-Präsidenten-Bericht zur Zukunft der EU.

Um die Wirtschafts- und Währungsunion zu „vollenden“, sollen das Recht der Parlamente über das Budget zu entscheiden weiter eingeschränkt und der Druck auf Löhne, Pensionen und Sozialleistungen erhöht werden. Die EU-Kommission soll mehr Möglichkeiten erhalten, neoliberale Reformen der Sozialsysteme und öffentlicher Dienstleistungen zu erzwingen. Kurz gesagt: Wenn die Spitzen der EU „Vollendung“ sagen, meinen sie die gefährliche Vertiefung von all dem, was bereits jetzt falsch läuft.

Auch das Weißbuch der EU-Kommission aus dem Frühjahr 2017 bestätigt diesen Kurs. Kommissionspräsident Juncker präsentierte fünf Szenarien zur Zukunft der Union, die sich nicht inhaltlich, sondern nur institutionell unterscheiden.

Die neoliberale Grundausrichtung auf mehr Handels- und Investitionsschutzabkommen, verschärfte Standortwettbewerb und undemokratische Budgetregeln steht für die Eliten außer Frage. Hinzu kommen gemeinsame Militärpolitik sowie strengere Migrations- und Grenzkontrollen.

Die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion – oft als „mehr Europa“ bezeichnet – ist eine Gefahr, keine Lösung. „Mehr Europa“ heißt heute immer mehr autoritärer Neoliberalismus und immer öfter auch mehr Militär. Es bietet keine Chance für eine radikale Umgestaltung von unten.

4. Die Frage, ob ein Austritt aus EU und Euro sinnvoll ist, stellt sich in jedem Land anders. In Österreich ist das derzeit keine gute Option.

Vom europäischen Standortwettbewerb profitieren in erster Linie Reiche und Konzerne während die breite Bevölkerung verliert. Das gilt prinzipiell in jedem Land, aber in manchen stärker als in anderen: Österreich zählt als Volkswirtschaft zu den Gewinnern von EU und Euro, auch wenn diese Gewinne höchst ungleich verteilt sind. Für Spanien oder Italien ist das anders, sie zählen insgesamt zu den Verlierern. Der Standortwettbewerb führte dazu, dass ihre lokale Industrie an Boden verlor oder ganz unterging. Die negative Rolle der EU hat sich in der Krise noch verstärkt: In Griechenland und Portugal wurde der Sozialstaat gezielt von EU-Institutionen – als Teil der Troika – zerstört.

Auf Grund dieser Erfahrungen wird die Frage des Austritts bei Linken und sozialen Bewegungen in

Südeuropa vermehrt diskutiert. Insbesondere nach dem Scheitern der griechischen Linksregierung sehen viele den Euro-Austritt als Voraussetzung für eine alternative Politik. Wenn es innerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion keinen Spielraum für progressive Wirtschaftspolitik gibt, kann der Austritt ein notwendiger Schritt sein.

In Österreich und Deutschland ist diese Forderung hingegen vor allem von der Rechten besetzt. Unter den aktuellen Machtverhältnissen würde ein Austritt heute, ähnlich wie in Großbritannien, keine Spielräume für emanzipatorische Politik öffnen, sondern sie sogar weiter verengen. Ein solcher Bruch würde die rassistischen und autoritären Kräfte stärken, nicht Linke und soziale Bewegungen. Daher halten wir bei aller Kritik an EU und Euro den Austritt Österreichs derzeit für keine sinnvolle Forderung.

Teilweise wird in der Austritts-Debatte stark zwischen EU und Euro unterschieden. „Der Euro ist ein Problem, aber die EU ist gut“ – diese Trennung führt jedoch in die Irre. Die Konstruktionsweise der Eurozone führt zwar zu ökonomischen Verwerfungen, doch die Probleme der EU-Wirtschaftspolitik liegen tiefer und auch der Binnenmarkt steht einer alternativen Politik entgegen.

In der österreichischen Öffentlichkeit existiert keine spezifische Debatte über den Euro oder einen Euro-Austritt. Laut Eurobarometer-Umfragen ist der Euro sogar wesentlich beliebter als die EU. In Ländern wie Spanien, Portugal oder Griechenland, die als Volkswirtschaften zu den Verlierern des Euro gehören, ist die Situation anders: Dort sind die Probleme des Euro offensichtlicher, und die Debatte kann helfen die wirtschaftspolitische Grundausrichtung der EU zu kritisieren.

5. Der Gegensatz „Mehr EU oder zurück zum Nationalstaat“ ist falsch und führt uns in die Irre.

EU-Kritik wird von liberaler, konservativer und sozialdemokratischer Seite stets mit dem Vorwurf entgegnet: „Ihr wollt ja zurück zum Nationalstaat“. Damit einher geht die Darstellung, nicht die EU an sich wäre das Problem, sondern das Verhalten der Mitgliedsstaaten. Politische Konflikte gäbe es in erster Linie zwischen den EU-Institutionen (die angeblich im europäischen Interesse handeln) und den Mitgliedsstaaten (die angeblich im nationalen Interesse handeln).

Doch der Gegensatz zwischen „mehr EU“ oder „zurück zum Nationalstaat“ und zwischen europäischen und nationalstaatlichen Interessen ist falsch und führt in die Irre.

Erstens gibt es keine allgemeinen nationalstaatlichen oder europäischen Interessen. Es gibt Interessensgegensätze verschiedener Klassen und gesellschaftlicher Gruppen, und damit verbunden unterschiedliche politische Ziele. Die allermeisten politischen Konflikte verlaufen heute nach dem Schema „wirtschaftliche und politische Eliten gegen die breite Bevölkerung“ – über Ländergrenzen hinweg. Ein Beispiel: In der Krise beschlossen EU-Kommission, EU-Parlament und die FinanzministerInnen im Rat die Verschärfung der Budgetregeln – gegen den Widerstand der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen in ganz Europa.

Die Verkürzung auf „Nationalstaat gegen EU“ dient der Verschleierung dieser tatsächlichen Konfliktlinie. Außerdem erstickt sie kritische EU-Debatten im Keim, denn der Nationalstaat hat aus historischen Gründen keinen guten Ruf.

Zweitens sind Nationalstaat und EU auf institutioneller Ebene und im politischen Prozess nicht trennbar. Wir müssen sie als ineinander verwachsene Blöcke begreifen. Die wirtschaftlichen Eliten nützen beide Ebenen, um ihre Interessen voranzutreiben. Am Beispiel TTIP: Zu Beginn beauftragten die nationalen Regierungen die EU-Kommission, TTIP zu verhandeln. Im Herbst 2016 mussten sich einige, auch die österreichische, auf Druck der Bevölkerung kritischer positionieren. Im EU-Rat bekräftigten sie zugleich die Weiterführung der Verhandlungen. Das zeigt: Nationale Regierungen konkurrieren nicht mit der EU-Ebene. Sie nützen sie gezielt, um neoliberale Politik im Interesse wirtschaftlicher Eliten durchzusetzen, für die sie im eigenen Land keine Zustimmung haben.

Drittens fördert gerade die neoliberale Politik der EU den Nationalismus. Liberale und sozialdemokratische Eliten behaupten gerne, die EU würde uns vor FPÖ, AfD und Co. schützen. Sie sei eine Art natürliches Bollwerk gegen die Rechte.

Die Realität zeigt, dass die EU kein progressives Projekt gegen Nationalismus und Konservatismus ist. Gerade die EU-Austeritätspolitik, die Millionen Menschen in die Armut stürzt und berechnete Existenzängste weckt, bereitet dem Aufstieg der Rechten den Boden.

Wie Ungarn und Polen zeigen, haben rechte Regierungen kein Problem damit sich mit der EU zu arrangieren – und umgekehrt.

6. Auch die Rechten stehen für neoliberale Politik – nur noch autoritärer. Das müssen wir entlarven und angreifen.

Die Rechten sind bisher Hauptprofiteur der EU-Krise. Das liegt an der Schwäche der Linken und am Rechtsruck der sogenannten politischen Mitte. Seien es Obergrenzen für Schutzsuchende, das Kopftuchverbot in Teilen des öffentlichen Dienstes oder die Ausweitung des Überwachungsstaates – die österreichische Regierung macht heute jene Politik, die noch vor einigen Jahren nur die extreme Rechte forderte. Das macht die Rechte für viele Menschen anschlussfähig.

Die EU-Strategien der Rechten sind vielfältiger geworden. Die rechts regierten Visegrád-Staaten wollen einen teilweisen Rückbau von Personenfreizügigkeit und Grundrechten bei gleichzeitiger Vertiefung von Grenz- und Sicherheitspolitik, aber auch neoliberaler Arbeitsmarktpolitik. Sie tragen symbolische Konflikte mit der EU aus, setzen den neoliberalen Kern aber gerne um, auch mit autoritären Mitteln.

Der französische Front National und die italienische Lega Nord wollen zwar aus dem Euro austreten, stellen aber nicht die EU in Frage. Marine Le Pen ruderte im französischen Präsidentschaftswahlkampf zurück und versprach statt eines sofortigen Austritts ein Euro-Referendum.

Auch die FPÖ schwächt ihre Austrittsforderung ab, je näher sie der Regierungsbeteiligung kommt. Sie ist eng mit den wirtschaftlichen Eliten verbunden, die Euro und Binnenmarkt keinesfalls aufgeben wollen.

Allen Rechten ist gemeinsam, dass sie ausgewählte Elemente des bisherigen Neoliberalismus eher vertiefen und noch autoritärer durchsetzen wollen. Sie haben keineswegs vor, mit dieser Politik tatsächlich zu brechen. Die Rechten bauen an einem Europa, in dem Waren und Kapital weiterhin frei zirkulieren sollen, während die Grenzen für Menschen neu hochgezogen werden.

Dieser Widerspruch ist der Schwachpunkt der Rechten, und wir sollten ihn als Angriffspunkt ge-

gen sie nutzen. Wir dürfen aber nicht in die Falle tappen, uns im Kampf gegen rechts auf die Seite der Eliten zu schlagen. Die Brexit-Abstimmung hat gezeigt, dass wir in einer Polarisierung neoliberal versus rechtsextrem nichts zu gewinnen haben.

Wir werden unsere Forderungen in Richtung eines guten Lebens für alle nicht im Bündnis mit den neoliberalen Eliten durchsetzen, sondern nur gegen sie.

7. Für die Entwicklung der EU in den kommenden Jahren sind verschiedene Szenarien denkbar – und keines davon ist gut.

Die EU ist heute auf mehreren Ebenen in einer existenziellen Krise:

- Erstmals wird mit Großbritannien ein Land austreten.
- Bei CETA sind die üblichen Mechanismen, eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit autoritär durchzusetzen, gefährlich nahe an ein Scheitern gekommen. Erstmals haben Spitzenpolitiker – etwa Paul Magnette, der Ministerpräsident der belgischen Wallonie, und der österreichische Bundeskanzler Christian Kern – öffentlich darüber gesprochen, dass mit harten Drohungen gearbeitet wird, wenn jemand Einwände gegen ein liberales Projekt hat.
- Wenn es um die Versorgung von geflüchteten Menschen geht, schafft die EU kein gemeinsames Vorgehen, bei der Militarisierung der Außengrenzen hingegen schon.
- In den meisten Ländern sind Rechtsextreme im Aufschwung, und oft bestimmen sie auch die Regierungspolitik ohne in der Regierung zu sein.

Wie wird es in den nächsten Jahren weitergehen?

Wir sehen **fünf Szenarien** für die Zukunft der EU:

Weiterer Zerfall:

Ob in Frankreich, Deutschland, Italien oder Österreich: In vielen Ländern sind Parteien im Aufwind, die den EU- oder Euro-Austritt fordern.

Kommen sie an die Regierung, ist ein weiterer Zerfall möglich.

Lähmung:

Die Konflikte nehmen so stark zu, dass die Institutionen nicht mehr handlungsfähig sind. Eine solche Selbst-Lähmung des neoliberalen Systems könnte beispielsweise das Ende von TTIP bedeuten. Doch grundlegende Verbesserungen erreichen wir damit nicht.

Durchwursteln:

Es findet keine weitere Vertiefung statt. Immer mehr Länder brechen die Regeln und kommen damit durch. Das kann die Durchsetzbarkeit der neoliberalen Regeln abschwächen, eine echte Trendwende ist davon aber nicht zu erwarten.

Taktische Zugeständnisse:

Vor wichtigen Wahlen könnte es etwa Ausnahmen von den Budgetregeln oder angekündigte Investitionspläne geben. Eine solche taktisch motivierte Lockerung ändert aber nichts an der Grundausrichtung der Eurozone. Auch die regelmäßigen Ankündigungen zur sozialen Union fallen in diese Kategorie.

Autoritäre Vertiefung:

Seit dem Brexit-Votum predigen die Eliten „Handlungsfähigkeit“. Das heißt: Sie wollen den bisherigen neoliberalen Kurs beibehalten, aber noch schneller und autoritärer durchsetzen. Die zwei wahrscheinlichsten Bereiche für diese Vertiefung sind die Eurozone sowie die Militär- und Sicherheitspolitik.

Für die Eurozone liegen seit Jahren Pläne zur weiteren Vertiefung vor. Das Ziel: noch strengere Regeln im Sinne der neoliberalen Wirtschaftspolitik, höhere und leichter durchsetzbare Strafen, verschärfte Angriffe auf den Wohlfahrtsstaat und die Arbeitsrechte; weniger Rechte für die gewählten Parlamente, weniger Spielraum für progressive Politik. Wahrscheinlichster Ansatzpunkt für die autoritäre Vertiefung ist die Militär- und Sicherheitspolitik sowie, damit verbunden, die Flüchtlingspolitik.

Es ist leider realistisch, dass auch in den kommenden Jahren viele Menschen in die EU fliehen müssen. Die EU wird darauf mit einer weiteren Militarisierung der Außengrenzen reagieren: mit Stacheldraht und Panzern gegen Menschen auf der Flucht. Nicht zufällig steht in Junckers Szenarien vom Frühjahr 2017 zwar die Form der Zusammenarbeit in Frage, jedoch nicht ein mehr an Militär und Handelsabkommen.

All diese Szenarien sind schlecht. In jedem wandern die Regierungen weiter nach rechts und werden die Rechtsextremen gestärkt. An dieser realistischen Einschätzung müssen wir unser politisches Handeln orientieren.

8. Aktuelle Initiativen wie DiEM25, Lexit oder ein Konvent greifen auf unterschiedliche Weise zu kurz.

Viele politische Initiativen setzen sich kritisch mit der EU auseinander. Sie bieten zwar eine gute Basis für weitere Debatten, ihre politischen Ansätze greifen aber oftmals zu kurz.

Die Initiative DiEM25 (Democracy in Europe Movement 2025) des ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis will die EU reformieren und demokratisieren. Ihre Ziele sind kurzfristig mehr Transparenz und Krisenbekämpfung, mittelfristig ein demokratischer Konvent. Sie knüpft an ältere Diskurse über ein „anderes Europa“ an und formuliert sie neu, teilweise radikaler. Der Fokus auf Transparenz, beispielsweise in der Eurogruppe oder der EZB, hängt stark mit den Erfahrungen von Varoufakis als Finanzminister zusammen.

Wir teilen die Grundideen von DiEM25, halten die Forderungen aber für zu abstrakt. Sie sind kaum an real existierende Kämpfe gekoppelt und für viele Menschen wenig anschlussfähig. Menschen gehen vor allem im Rahmen konkreter Auseinandersetzungen für Transparenz und Demokratie auf die Straße, etwa in der Bewegung gegen TTIP und CE-TA oder im Kampf gegen Privatisierungen.

Andere Initiativen setzen sich für einen demokratischen Konvent ein, welcher der EU eine neue Verfassung geben soll. Auch Attac forderte das früher. In vielen Fällen können verfassungsgebende Prozesse wie ein Konvent wirksame Mittel sein um gesellschaftliche Bereiche neu zu organisieren, wie beispielsweise in Südamerika. Die derzeitigen Kräfteverhältnisse in der EU legen allerdings nahe, dass sich dabei nicht progressive, sondern rechte Kräfte durchsetzen würden. Deshalb sind wir diesem Vorschlag gegenüber heute skeptisch. BürgerInnen-Beteiligung allein bricht die rechte Dominanz nicht, sondern kann sie auch verstärken. Selbst, wenn alles perfekt lief, würde ein progressiver Verfassungsentwurf von den Eliten nie umgesetzt. Eher würden sie das Projekt EU sprengen.

Einige Initiativen fordern einen „Lexit“, also einen linken Austritt aus dem Euro. Ökonomisch spricht manches dafür, etwa die Möglichkeit die neue Währung abzuwerten und eine eigenständige Geld- und Investitionspolitik zu betreiben. Doch die Chancen werden tendenziell über- und die Risiken unterschätzt. Ungeklärt ist etwa, wie mit den Schulden in der alten und der Instabilität der neuen Währung umgegangen werden soll.

Um die Risiken zu minimieren, wäre ein Ausmaß an Koordination zwischen den Regierungen nötig, das heute nicht realistisch ist.

In der Lexit-Debatte werden zudem häufig auch die unterschiedlichen ökonomischen und politischen Kontexte der Mitgliedsstaaten nicht reflektiert. Ein Austritt bedeutet in Spanien etwas anderes als in Österreich oder Finnland. Unserer Ansicht nach ist diese Forderung momentan in erster Linie im Kontext Südeuropas progressiv. Dort gibt es die größten Probleme und Verwerfungen durch den Euro, aber auch starke Widerstandsbewegungen.

9. Wir brauchen Strategien, die uns hier und jetzt handlungsfähig machen.

Wir müssen sowohl unsere Kritik an der EU, aber auch unserer Strategien für Veränderung auf neue Beine stellen. Es bringt uns nicht weiter auf eine fundamentale Reform der EU zu hoffen, wenn die dafür nötigen Mehrheiten in der Realität in immer weitere Ferne rücken.

Für die strategische Debatte, auch im folgenden Teil des Buches, stellen wir folgende Fragen in den Mittelpunkt:

- Welche Spielräume gibt es innerhalb der bestehenden Strukturen, Prozesse und Institutionen, und für welche Bereiche müssen wir eigene Alternativen von unten aufbauen?

- Welche Themen eignen sich, um im Gefüge der EU sowie auf der Ebene der Mitgliedsstaaten Brüche zu erzeugen, die uns neue Handlungsspielräume eröffnen und emanzipatorische Politik möglich machen?

- Wie können wir die Kräfteverhältnisse auf den verschiedenen Ebenen verändern und die nötige Macht aufbauen, so dass emanzipatorische Politik möglich wird?

Bei der Suche nach Antworten auf diese Fragen sind uns folgende Prinzipien wichtig:

- Es gibt nicht DIE eine Strategie oder DEN einen Ansatz. Wir müssen bei verschiedenen Themen und an verschiedenen Stellen aktiv werden.

- Wir müssen vieles ausprobieren und die Ergebnisse immer wieder prüfen: Was macht uns handlungsfähig? Wie erzeugen wir Brüche? Mit welchen Themen oder politischen Formen erreichen wir die Menschen?

- Dabei müssen wir auf lokaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene gleichermaßen ansetzen. Wir engagieren uns auf unterschiedlichen Ebenen, je nachdem, wo wir verankert sind und Handlungsmöglichkeiten sehen. Behalten wir stets im Blick, wie diese Ebenen zusammenhängen und wo wir wann die größte Wirkung erzielen können.

Diese Thesen sind ein Auszug aus dem Attac-Buch *Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist* (2017, Mandelbaum Verlag, edition Kritik & Utopie).

Globalisierung braucht Gestaltung – Attac braucht Ihre Unterstützung:

IBAN AT55 2011 1824 2489 1500
BIC GIBAATWWXXX